

# Deutscher Reichstag.

(15. Sitzung.) **OB. Berlin, 5. Februar.**  
Vor Schluß der letzten Sitzung äußerte sich Reichsarbeitsminister Brauns noch über Arbeiterinteressen. Der Neubau der Sozialversicherung sei in der Rohanlage so gut wie fertiggestellt. Die Friedensleistungen würden bald erreicht und überschritten werden. Die Verlängerung der Arbeitszeit sei nur ein Befehl für die Zeit der Not gewesen. Das Washingtoner Abkommen beabsichtigt Deutschland zu ratifizieren. Nach Bemerkungen einiger Parteimitglieder wurde die allgemeine Besprechung über das Arbeitsministerium geschlossen.

Heute lagen Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen die Abgeordneten Schulz-Königsberg (Soz.) und Koenen (Komm.) vor. Sie wurden zunächst debattelos dem Geschäftsausschuß überwiesen. Dann begründete der Abg. Dr. Wunderlich (Dn.) einen auch von anderen bürgerlichen Parteien unterschriebenen Antrag auf Einstellung des Verfahrens vor Gericht und Aufhebung der Urteile. Der Antrag wird verhandelt, daß jetzt noch durch Entscheidungen in letzter Stunde der bevorstehenden gesetzlichen Neuregelung der Aufwertungsfrage vorgegriffen wird.

## Aufwertungsfragen.

Abg. Keil (Soz.) betonte, die Haltung der Parteien der Rechten in der Aufwertungsfrage müsse bei den Aufwertungsinteressen große Enttäuschung erregen. Am Ausbruch kämpften jetzt die Sozialdemokraten energisch für den deutschen Aufwertungsantrag, während die deutschnationalen Antragsteller selbst sich mit aller Kraft der Durchsetzung ihres eigenen Antrages widersetzen. Vorher hätten die deutschnationalen die Aufhebung der Steuernverordnung vom 4. Dezember 1924 beantragt, und jetzt hätten sie im Ausschuß gegen ihren eigenen Antrag gestimmt. Der Redner beantragte schließlich Befristung der Geltungsdauer des jetzt vorliegenden Gesetzesentwurfes bis zum 30. April 1925.

Abg. Hampe (Wirtsch. Lag.) begrüßte den vorliegenden Gesetzesentwurf und erhofft von ihm eine beruhigende Wirkung auf die kleinen Gläubiger und Sparer. Der Entwurf sei natürlich nur eine vorläufige Zwischenlösung.

Abg. von Nischoten-Hannover (Dem.) erklärte den Zeitpunkt für eine materielle Erörterung der Aufwertungsfrage jetzt noch nicht für gekommen. Das Ziel, vor der endgültigen Lösung der Aufwertungsfrage den Gläubigern einen Aufschub zu verschaffen, sei durch den vorliegenden Entwurf der Antragsteller nicht erreicht, weil er nur eine Kann-Vorschrist enthält. Von den Demokraten werde deshalb die Umwandlung in eine muß-Vorschrist beantragt. Gegen die Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember in diesem Augenblick befänden wesentliche Bedenken.

## Das neue Aufwertungs-gesetz in drei Wochen.

Reichsjustizminister Prenten wiederholte die im Ausschuß abgegebenen Erklärungen, daß die Reichsregierung binnen drei Wochen den Entwurf eines neuen Aufwertungs-gesetzes dem gesetzgebenden Körper zuweisen werde.

Abg. Dr. Scheiter (Zentr.) wandte sich gegen die von den Sozialdemokraten beantragte Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember 1924. Er stimmte dagegen dem demokratischen Antrag zu, der die Kann-Vorschrist in eine muß-Vorschrist umzuwandeln will.

Abg. Seiffert (Nationalsoz.) erklärte, die Freunde der Aufwertungsfrage hätten das größte Interesse an der schnellen Übernahme des vorliegenden Entwurfes, damit endlich eine gewisse Rechtssicherheit und Ruhe bei den Gläubigern und Sparern eintrete.

Abg. Dr. Steiniger (Dn.) begrüßte es mit Freude und Genugtuung, daß die Sozialdemokraten seinen Aufwertungsantrag möglichst schnell durchbringen wollten. Abg. Keil hätte sich inzwischen geradezu zum Aufwertungsminister entwickelt. Es sei also für die Sparer und Gläubiger offenbar ganz gut, daß die Lösung der Aufwertungsfrage nicht schon im Februar erfolgt sei, wo die Aufwertungsfrage noch nicht so zahlreich gewesen wären. Dem sozialistischen Antrage könnten seine Freunde nicht zustimmen, man könne in diesem Augenblick nicht alles erreichen. Dem demokratischen Antrage auf Umwandlung der Kann-Vorschrist in eine muß-Vorschrist würden sie jedoch gern zustimmen.

Abg. Höllein (Komm.) bezeichnete die Politik der bürgerlichen Parteien in der Aufwertungsfrage als Demagogie. Die Institution in Deutschland sei ein künstliches Erzeugnis der Schwerindustrie zur Eutrigung der kleinen Gläubiger und Sparer.

Abg. Ströbel (Soz.) meinte, das Unterdrücken der Regierung, wie es der Redner gemeint habe, genüge in dieser Frage nicht. Man müsse sie zwingen, endlich mit ihren Vorschlägen herauszutreten.

Damit schloß die erste Beratung. In der zweiten Beratung stellten die Sozialdemokraten den vor längerer Zeit von den deutschnationalen eingebrachten Antrag auf Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember zur namentlichen Abstimmung. Dieser Verordnung erklärte die 2. Steuernverordnung mit ihren Ausführungen für rechtsgültig auf Grund des Artikels 88 der Reichsverfassung. Der Aufhebungsantrag wurde mit 38 gegen 144 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten auch die deutschnationalen. Der Gesetzesentwurf wurde dann angenommen mit der von den Demokraten beantragten Umwandlung der Kann-Vorschrist in eine muß-Vorschrist. Das Gesetz soll bis zum 30. April d. J. gelten.

Darauf vertagte sich das Haus auf Freitag.

## Kleine Nachrichten

### Die Belastung der Industrie.

Berlin, 5. Februar. Auf Einladung des Reichsfinanzministeriums hatten sich heute zahlreiche Vertreter der wirtschaftlichen Verbände zu einer Besprechung über die im Gange befindliche Durchföhrung der Industriebelastung nach dem Londoner Abkommen eingeladen. Es wurden unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Pöppel eine Anzahl von Fragen besprochen, die in der Wirtschaft zu Verzweigungen, zum Teil auch zu einer gewissen Beunruhigung Anlaß gegeben haben. Im Augenblick lämen nur die Unterzeichner nicht veräußerlicher Einzelobligationen in Frage. Die Nachprüfung des Wertes der Vertriebsvermögen für die veräußerlichen Einzelobligationen könne später vor einem Senat des Reichsfinanzhofes erfolgen.

### Der Auer-Prozess.

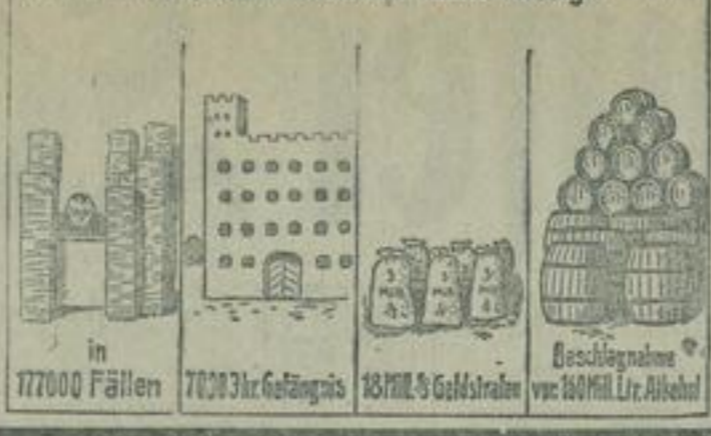
München, 5. Februar. Im Auer-Prozess begannen heute die Verhandlungen. Der Vertreter Auer's, Rechtsanwalt Graf Festalozza, erklärte, daß die Beweise der Angeklagten gegen Auer sich als unzureichend erwiesen hätten. Der zweite Vertreter Auer's, Rechtsanwalt Brandmeier, sprach den beiden Angeklagten sowohl den guten Glauben wie die Wahrung berechtigter Interessen ab. Der Verteidiger der Angeklagten Dr. Liebknecht plädierte für Freisprechung.

## Neues aus aller Welt

Vor Sprit-Webers Abtransport nach Berlin. In Prag sind acht Beamte der Berliner Polizeidirektion eingetroffen, um den in Prag verhafteten Spritkühler Weber und seinen Sekretär Cantray nach Berlin zu bringen. Die Abführung wird aber erst in einigen Tagen vorgenommen werden, da noch formale Schwebefragen überbrückt werden müssen.

## Die Folgen des Alkoholverbotes in Amerika.

Seit Bestehen des Alkoholverbotes wurden verhängt:



werden müssen, denn die Rechtsanwälte der Verhafteten luden die Auslieferung ihrer Klienten an die reichsdeutsche Behörden hinauszuögern.

Zur rheinischen Jahrausendfeier. Es ist beabsichtigt, für das gesamte Bergische Land eine gemeinsame Tausendjahrfeier zu veranstalten. Als Ort der gemeinsamen Feier ist das Wuppertal vorgesehen. Aber die Verteilung der einzelnen Feierlichkeiten auf die beiden Städte Elberfeld und Barmen ist noch nicht bestimmt.

Großfeuer in einer Strafanstalt. In der Strafanstalt Spandau brach ein Großfeuer aus. Erst nach mehr als zweistündiger Löscharbeit gelang es, den Brand wenigstens von den anderen Anstaltsgebäuden fernzuhalten. Das Wirtschaftsgebäude wurde bis auf das erste Geschoss herunter eingestürzt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Der ungetreue Werkmeister. In einer Magdeburger pharmazeutischen Fabrik verschwanden seit längerer Zeit größere Mengen Spirit. Um dem Diebe auf die Spur zu kommen, bewachte ein Kriminalbeamter Tag und Nacht die Lagerräume der Firma. Eines Nachts konnte der Beamte den Dieb verhaften. Er entpuppte sich als Werkmeister des Betriebes. Den gestohlenen Spirit verarbeitete er zu Schnaps, mit dem er dann einen schwindehaften Handel trieb. Da kein Fluchtverdacht vorlag, wurde er aus der Haft entlassen. In seiner Wohnung hat er sich darauf eingelängt.

Das Notorschiff auf großer Fahrt. Die „Buda“ hat den Hafen von Danzig verlassen. Das Notorschiff wird an der Ostküste entlangfahren, bei Arcona die Insel Rügen streifen und dann nach Kiel weiter, segeln. Nach Einrichtung der Funktelegraphie in Kiel wird die „Buda“ den Kaiser-Wilhelm-Kanal passieren und von Cuxhaven direkt über die Nordsee nach dem Firth of Forth fahren.

Fortgesetzte Brandstiftungen in Mecklenburg. Seit dem Einbringen der Ernte in Mecklenburg sind Brandstifter am Werke, die die gefüllten Scheunen anzünden. Der auf diese Weise entstandene Ernteverlust ist außerordentlich groß, ganz abgesehen von den großen Viehbeständen, die dabei zugrunde gingen. In den letzten Tagen sind wiederum nicht weniger als sechs große, mit Ernte- und Futtermitteln gefüllte Scheunen in Flammen aufgegangen und vollständig niedergebrannt; die letzte Brandstiftung, der drei Scheunen zum Opfer fielen, geschah in Teterow. In fast keinem Falle werden die Brandstifter gefaßt.

Die neuen Bürgermeister von Bremen. Der neue Bremische Senat erwählte in seiner ersten Sitzung die Senatoren Dr. Martin Donandt und Dr. Theodor Spitta zu Bürgermeistern, Dr. Martin Donandt außerdem zum Präsidenten des Senats.

Auf der Skitour verunglückt. In den Lechtaler Alpen im nördlichen Teil der Schwiegerjoch des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Rothe, Dr. med. Fritz Bergemann, ums Leben gekommen. Dr. Bergemann befand sich mit seinem Freunde Dr. Lorenz auf einer Skitour in der Nähe von Lechtaler. Die beiden Touristen sind in einen Stein Schlag geraten, der sie mitriß und tötete.

Ein Wasserfall infolge anhaltender Dürre eingetrocknet. Infolge der andauernden Trockenheit ist der Wasserfall in Bad Gastein völlig verschwunden und in seinem oberen Teil sind mehrere kleine Thermalquellen zum Vorschein gekommen.

Wassermangel in Nordböhmen. Aus Rumburg i. B. wird berichtet: Die großen nordböhmerischen Industriestädte klagen fast sämtlich seit Wochen über Wassermangel. Eine Reihe von Städten mußte bereits zu Sparmaßnahmen greifen und z. B. nachtsüber die Wasserleitungen absperrten.

Mit Diamanten für 650 000 Frank stüchtig. Nach einer Meldung aus Antwerpen verfehlt die Diamantenhändler von Antwerpen das Verschwinden eines polnischen Diamantenhändlers in große Erregung, dem ein Antwerpener Kaufmann eine Sammlung wertvoller Steine im Werte von 650 000 Frank anvertraute. Man vermutet, daß der polnische Zwischenhändler mit den ihm anvertrauten Steinen geflüchtet ist.

Eigenartige Hafentatrasrophe. Im Hafen von Hundesled an der Nordküste Seelands ereignete sich eine eigentümliche Katastrophe. Mit furchtbarer Wucht wurde ein Schoner an dem infolge des Sturmes unbefahrbaren Hafeneingang gegen die Mole geschleudert, woraufhin mit großem Geleise der auf der Mole stehende Leuchtturm einstürzte und die Mole in der Mitte barst. Durch die Bruchstelle wurde der Schoner unbeschädigt hindurchgetrieben und gelangte auf diese Weise in den Hafen.

Ein Auto auf dem Eise eingeschlagen. Während eines Eisrennens bei Ringebike brach ein Auto mit 6 Personen durch die Eiszacke bei einer Geschwindigkeit von 30 Kilometer ein. Wie durch ein Wunder wurden sämtliche Passagiere von den verbleibenden Sportleuten gerettet, während das Auto verlor.

Amundsen's Polarflug gesichert. Der Polarflieger Amundsen teilt mit, daß sein für diesen Sommer geplanter Flug zum Pol, den er im vorigen Jahr wegen Geldmangels aufgeben mußte, jetzt vollständig gesichert sei. Es fänden reichlich Mittel zur Verfügung.

Eine 14jährige Massenmörderin. In Los Angeles (Kalifornien) wurden beispiellose Verbrechen eines Kindes aufgedeckt. Die 14jährige Elsa Thompson geschand ein, bisher sechs Menschen vergiftet zu haben. Außerdem habe sie vor zwei Jahren ihre beiden Zwillingsschwester getötet, die auf ihre Veranlassung

Glaspitter schluden mußten. Bei ihrer Vernehmung wurde festgestellt, daß sie auch zahlreiche Raben und Kanarienvögel vergiftet hat, um den Todeskampf der Tiere zu beobachten.

## Bunte Tageschronik.

Paris. Nach einer Radiomeldung aus Konstantinopel ist Trabezunt von einem heftigen Erdan beimgesucht worden. Eine Reihe von Häusern sind eingestürzt, 100 Personen sollen ums Leben gekommen sein. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Sofia. Auf Vorschlag der Ernährungsdirektion und in Anbetracht der steigenden Deuerung hat die bulgarische Regierung die Ausfuhr von Rindvieh verboten.

Konstantinopel. Aus Angora wird gemeldet, daß die türkische Regierung beschlossen hat, zum erstenmal seit 11 Jahren die Schießübungen der Flotte im Marmarameer abzuhalten.

## Haus unserer Heimat

Wilsdruff, am 6. Februar 1925.

Merktblatt für den 7. Februar.

Sonnenaufgang 7<sup>20</sup> | Mondaufgang 2<sup>20</sup> A.  
Sonnenuntergang 4<sup>10</sup> | Monduntergang 6<sup>10</sup> A.  
1801 Daniel Chodowicki in Berlin gest. — 1904 Japan bricht die diplomatischen Beziehungen mit Rußland ab.

Die Regierung für eine gewisse Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft. Das Arbeitsministerium hat die Gemeinden darauf hingewiesen, daß in vielen außerstädtischen Gemeinden die Tätigkeit der Wohnungsmieter dadurch wesentlich verändert worden sei, daß man von Zuweisung bestimmter Wohnungen in der Regel absehe, vielmehr es der Zahl von vermieteten Wohnungen entsprechenden Anzahl von Wohnungsuchenden überlasse, sich die ihnen passend erscheinende auszusuchen (Duisburger Soz.). Auch in zwei größeren sächsischen Gemeinden, Chemnitz und Zittau, verfähre man so und habe damit gute Erfolge erzielt. Deshalb legt das Arbeitsministerium den übrigen großen und mittleren Gemeinden bis zu einer Einwohnerzahl von 5000 Köpfen es nahe, in der gleichen Weise vorzugehen. Die Kreis-Hauptmannschaften sollen bis Ende April berichten, was in der Sache geschehen ist.

Das Bestattungsweesen in Sachsen. Die Landesstelle für Gemeindefürsorge hat eine Denkschrift über die unentgeltliche Totenbestattung in Sachsen erscheinen lassen. Danach hatten bis zum Ende des Jahres 1924 in Sachsen 610 Gemeinden die unentgeltliche Totenbestattung ganz oder teilweise eingeführt. Etwa 400 Gemeinden haben die Bestattung ortsgemeinlich geregelt. Von den 610 Gemeinden sind 77 Städte und 533 Landgemeinden. Das bedeutet, daß von den Städten die Hälfte, von den Landgemeinden der fünfte Teil die unentgeltliche Totenbestattung eingeführt haben. Die Landesstelle hat die Regierung und den Landtag jetzt erneut um eine gesetzliche Regelung des Bestattungsweesens für ganz Sachsen ersucht.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern auf der Staatsstraße zwischen dem Röhrsborfer Kommunikationswege und dem Bahnhof Allendorf-Röhrsborf. Dem von Wilsdruff nach Weichen fahrenden, von Herrn Hoyer gesteuerten Auto des Herrn Fritz Köhler kam das beladene Einspännergeschirr des Herrn Wirtschaftsbefehlers Gierisch aus Campersdorf entgegen. Der letztere stieg vom Wagen, gab dem Autofahrer das Zeichen zum Langsamfahren, das auch befolgt wurde, und sahste sein Pferd am Kopfe. Er scheint es oder doch nicht haben beruhigen können, denn als das Auto vorbeifuhr, sprang es mit den Vorderbeinen direkt in das Hinterteil des Kraftwagens. Die Wagenbüchse fuhr durch die Autoplane und zerbrach. Dann raste das schwere Tier mit dem Wagen in der Richtung nach Sora davon. Herr Gierisch erlitt Verletzungen am Kopfe und wurde mit dem Auto sofort ins Krankenhaus nach Weichen gebracht. Ob er auch innere Verletzungen davongetragen hat, muß erst der ärztliche Befund ergeben. Das Gerücht, er sei von dem Auto überfahren worden, trifft nicht zu. Herr Gustav Benaad (Röhrsborf), der ganz in der Nähe der Unglücksstelle arbeitete und sofort hilfsbereit hinzusprang, befestigte diese an amlicher Stelle gegebene Darstellung. Wie wir hören, ist das Tier erst kürzlich von Herrn Gierisch erworben worden. Hoffentlich trägt der in weitesten Kreisen bekannte und beliebte Mann keinen dauernden Schaden davon.

Eisenbahnrevier. Der am Mittwochabend von Freital nach Mohorn verkehrende Personenzug 4936 mußte zwischen Derzogswalde und Mohorn gegen 19 Uhr auf freier Strecke halten, da das Gleis durch einen 50 mal 50 Zentimeter großen Sandsteinquader versperrt war. Glücklicherweise war das Hindernis rechtzeitig bemerkt worden, so daß ein ernstliches Unglück vermieden werden konnte. Nur die Lokomotive wurde leicht beschädigt. Die zuständige Gendarmerie hat die Erörterungen aufgenommen, die hoffentlich bald zur Ermittlung der unbekanntem Täter führen.

Rundfunkvortrag und Konzert. Im Saale des „Löwen“ hatten sich gestern Abend Freunde und Interessenten des Rundfunks zu einem von der Radio-Vertriebs-Gesellschaft „Lutit“, Dresden, veranstalteten Rundfunkvortrag und Konzert eingeladen. Eingangs wurde von einem Vertreter der Firma allgemein der Rundfunk und besonders die dazugehörigen Apparate behandelt und dann vermittelte Herr Ingenieur Schmidt (Dresden) den Empfang der Darbietungen des Dresdner bzw. Leipziger Senders und auch verschiedener ausländischer Stationen, wie Berlin und Rom. Besonders die letztere entzückte durch absolute Reinheit der Tonübermittlung, die mittels Lautsprechers und noch besser mit Kopfhörer zur Auswirkung kam. Morgen Sonntagabend werden die Vorführungen wiederholt. Die Veranstalter rechnen auf recht zahlreichen Besuch. (Vgl. Inserat.)

Kirchengemeindevertragswahl. Am 8. März findet laut Bekanntmachung des Kirchenvorstandes in der vorliegenden Nummer die Kirchengemeindevertragswahl statt. Bis zum 19. Februar hat die Entrofung in die Wählerliste stattzufinden.

Messerschmiede, Febl- und Instrumentenmacher finden eine für sie wichtige Bekanntmachung in diesem Blatte.

Einen Volkslieder-Abend veranstaltet die Christliche Pfadfinderschaft am Sonntagabend 17 Uhr im „Adler“. Der Eintritt ist frei und der Besuch warm zu empfehlen. (Vgl. Inserat.) Betriebsstillegungen. In der Zeit vom 16. bis 31. Januar sind beim Arbeits- und Wohlfahrtsministerium zwanzig Ställ-